

# **Innere Sicherheit in unruhigen Zeiten**

## **Von Ängsten und anderen Unsicherheiten**

Von *Thomas Feltes*

„Regierungen haben kein Interesse daran, die Ängste ihrer Bürger zu besänftigen. Ihnen liegt vielmehr daran, die Angst zu schüren, die aus der Ungewissheit der Zukunft und dem ständigen, allgegenwärtigen Unsicherheitsgefühl erwächst ...“ (*Bauman* 2016, 33).

„Let me assert my firm belief that the only thing we have to fear is fear itself“ (*Roosevelt* 1933).

„Contrary to the objective evidence, it is the people who live in the greatest comfort on record, more cosseted and pampered than any other people in history, who feel more threatened, insecure and frightened, more inclined to panic, and more passionate about everything related to security and safety than people in most other societies past and present“ (*Bauman* 2006, 130).

## **1. Sicherheit in der postmodernen Gesellschaft**

Sicherheit hat viele Facetten und Konzepte (vgl. *Albrecht* 2017). Die Kriminologie geht seit Jahrzehnten der Frage nach, wie „Innere Sicherheit“ definiert und wie sie hergestellt werden kann. Manche sehen Innere Sicherheit als Sicherheit vor Kriminalität, Terrorismus und vergleichbaren Bedrohungen, für andere steht der Begriff für den „Teilbereich des politischen Systems, welcher die Handelnden (Akteure), die Strukturen (Polity), die Entscheidungsprozesse (Politics) und die materiellen Inhalte bzw. Programme (Policy) enthält, die an der Herstellung der Politik der ‚Innere Sicherheit‘ beteiligt sind und diese kennzeichnen“ (*Lange* 2006, 123). Innere Sicherheit sei infolgedessen das System von staatlichen Institutionen und Einrichtungen, „welches durch Verfassung und Organe der demokratischen Willensbildung legitimiert ist, das öffentliche Gewaltmonopol im Rahmen kodifizierter Regeln exekutiv unter Anwendung auch von unmittelbarem Zwang auszuüben“ (*Lange* 2006, 123).

Richtig ist, dass weder der Staat alleine die Verantwortung für die „Innere Sicherheit“ trägt (wie wohl *Lange* und einige politische Parteien meinen), noch „Innere Sicherheit“ ein Teilbereich des politischen Systems ist. Innere Sicherheit ist viel mehr, nicht nur nach dem Empfinden der meisten Bürgerinnen und Bürger. Zwar mag die Gewährung von Sicherheit eine Kernaufgabe des demokratischen Staats sein; die Gewährung geht aber weit über das hinaus, was staatliche Institutionen regeln und gewährleisten können. Innere Sicherheit ist nicht nur als ein rechtliches Konstrukt,

sondern auch als politisches und mediales zu verstehen, und sie wird ganz wesentlich auch von Privaten hergestellt. Sie ist Gegenstand eines fortgesetzten Ringens um die Durchsetzung bestimmter Definitionen und Inszenierungen von Unsicherheit zu Zwecken, die auch jenseits der Erreichung und Erhaltung von Sicherheit liegen können. Die historische Wandlungsfähigkeit des Verständnisses ist Ausdruck dafür, dass der Diskurs immer auch von gesellschaftlichen Interessen und Machtkonstellationen durchdrungen ist (*Stegmaier* o. J.).

Schließlich ist Innere Sicherheit nicht nur eine Frage des Gewährleistungsverprechens gegenüber rechtswidrigem Verhalten, wie sie (partei-)politisch immer wieder verkürzt diskutiert wird. Sie geht einher mit dem Phänomen der Kriminalitätsfurcht, das unterschiedliche Facetten hat. Dabei existieren weder Sicherheit noch Furcht per se oder lassen sich objektiv definieren oder feststellen. Vielmehr sind sie das Produkt der politischen und soziokulturellen Konstruktion von Bedrohung und Bedrohungsbewältigung.

Der folgende Beitrag beschäftigt sich daher mit der Frage, was (und wer) den Menschen derzeit Angst macht, welche Auswirkungen dies für die Innere Sicherheit hat und welche rechtpolitischen Konsequenzen notwendig sind.

## 2. Definition von „Innerer Sicherheit“

Innere Sicherheit muss gesehen werden als Summe der Faktoren, die das subjektive oder objektive Sicherheitsgefühl der Bürger in ihrem persönlichen Umfeld prägen. Sie kann umgekehrt auch als Konzept zur sicherheitspolitischen Verfasstheit einer Gesellschaft definiert werden (vgl. *Feltes* o. J.). Der sog. „Höcherl-Entwurf“ für eine Notstandsverfassung (1962) gilt als Beginn der Entwicklung eines politischen Konzeptes der Inneren Sicherheit. In den siebziger Jahren wird der Begriff erstmals zu einem Schlüsselbegriff der innenpolitischen Debatte. Als Reaktion auf die Anschläge von RAF-Terroristen werden die Exekutivorgane gestärkt, 1972 wird erstmals ein Programm für die „Innere Sicherheit“ beschlossen. Gefährdungen werden jetzt als Gefährdungen von Staat und Demokratie gesehen. In den 1980er Jahren führten militante Protestformen am Rande der Ökologiebewegung (Gorleben, Startbahn-West) zu einem weiteren Bündel von Gesetzen. Auch diese sollten die Innere Sicherheit stärken, führten aber zu einer weiteren Beschneidung von Individualrechten. In den 1990er Jahren und insbesondere nach dem Fall der Mauer wurden neue Gefahren definiert, insbesondere durch die (angebliche) transnationale organisierte Kriminalität, den Handel mit Menschen, Waffen und Drogen. Deutschland reagierte (wie viele anderen Länder auch) mit neuen Gesetzen und der Ausweitung der Tätigkeitsfelder und Methoden der Sicherheitsbehörden, noch bevor die angeblichen Gefahren genauer analysiert werden konnten. Staatsschutz- und Verfassungsschutzbehörden machten von ihren neuen Befugnissen extensiven Gebrauch, ausgelöst durch angeblich steigende Kriminalität (vgl. *Albrecht, Dorsch & Kriipe* 2003; *Albrecht, Grafe & Kilchling* 2008). Ausweitung und Anwendung staatlicher Eingriffsrechte stießen

zwar auf erhebliche Widerstände (vgl. *Andersen & Woyke* 2013), die jedoch verpufften. Mit den Anschlägen auf das World Trade Center im Jahre 2001 wurde eine neue Eskalationsstufe erreicht. Der Deutsche Bundestag verabschiedete mit zwei „Anti-Terror-Paketen“ ein umfangreiches Programm zur Ausdehnung der Befugnisse und Ressourcen von Polizei, Nachrichtendiensten sowie anderen Behörden (CILIP o. J.). Mit einer „Anti-Terror-Datei“ wurden weitere Möglichkeiten zwischenbehördlicher Kooperation geschaffen, das „Trennungsgebot“ zwischen Polizei und Nachrichtendiensten aufgeweicht.

Letztlich ist der Begriff der Inneren Sicherheit zu einem Synonym für alles geworden, was Bürgern und Politiker gleichermaßen Angst einzuflößen geeignet ist oder von dem man glaubt, dass es dazu geeignet ist und man es daher für die Ausweitung staatlicher Eingriffsbefugnisse verwenden kann. Vielfach werden tatsächliche, angenommene oder unterstellte Gefahren genutzt, um symbolische Kriminalpolitik zu betreiben (*Funk* 1991; *Sack* 2011). „Anti-Terror-Pakete“ wurden und werden auf den Weg gebracht, was dazu führte, dass in Bezug auf die Geheimdienste von der „Behörde Nimmersatt“ gesprochen wurde (*Biselli* 2017), auch weil Details der vielen Neuregelungen oftmals unklar blieben.

Diese Entwicklungen passten und passen in die gesamtgesellschaftliche Verfasstheit und die zunehmenden Ängste, die einhergehen mit der Bereitschaft, Einschränkungen von Bürgerrechten zu akzeptieren, wenn dafür „mehr Sicherheit“ versprochen wird. Eine (wissenschaftlich seriöse) Überprüfung, ob dieses Versprechen dann tatsächlich eingehalten wird, erfolgt nicht. Die Sanktionseinstellung der Bevölkerung weisen auf eine gestiegene Punitivität hin (vgl. *Kury & Oberfell-Fuchs* 2003, 2006; *Sack* 2011; *Baier et al.* 2017; *Dollinger* 2018), was wiederum diese Tendenz unterstützt.

Dabei müsste Sicherheit als gemeinsame, gesamtgesellschaftliche Aufgabe definiert werden, die Gegenstand eines wertebasierten und moralisch beeinflussten (und beeinflussbaren) gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses ist. Neben dem Staat, der traditionell verantwortlich für die Sicherheitsgewährleistung sein soll, vertreten heute weitere Akteure die Sicherheit, die mitbestimmen, bzw. eine neue Sicherheitskultur konstruieren. Dazu gehören private Sicherheitsunternehmen ebenso wie Einrichtungen zur Betriebsjustiz, neuerdings „compliance“ genannt oder selbsternannte Bürgerwehren.

Daher muss Innere Sicherheit verstanden werden als die „Summe der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen und Individuen ..., die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist (und für wen, TF) und wie und mit welchen Mitteln dieser Gefahr begegnet werden soll“ (*Daase* 2010, 9).

Die Herstellung von Innerer Sicherheit ist das Ergebnis eines komplexen Zusammenwirkens lokaler, regionaler und überregionaler Praktiken. Staatliche Sicherheitsaufgaben werden gesellschaftlich neu verteilt. Damit geht einher, dass Gesetzgebung im zunehmenden Maße auch „tentativen“ Charakter hat, um auf wechselnde Verhältnisse schnell reagieren zu können, wobei die Mediatisierung nicht nur für die Ver-

breitung symbolischer Politik eine Rolle spielt, sondern sie wird genutzt, um Institutionalisierungen und Veränderungen zu legitimieren und durchzusetzen. Dies bringt eine neue Form öffentlicher Ordnung hervor. Aus der „Behütungsutopie“ wird das „Steuerungsparadigma“. Der Staat mit seinen Mitteln der physischen Gewaltsamkeit und Sozialkontrolle, seinem Verwaltungsstab und seinen Legitimitätsansprüchen verschwindet gleichwohl nicht einfach, er bleibt Akteur (vgl. *Reichertz & Feltes 2015; Feltes & Reichertz 2019*).

### 3. Die Polizeiliche Kriminalstatistik – kein Abbild der Realität

Fundierte Erkenntnisse über Kriminalität und Sicherheitsgefühl der Bürger sind für politische Entscheidungen ebenso wichtig wie für rational begründetes polizeiliches Handeln. Dennoch wird die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) seit Jahrzehnten als wichtigste, vermeintlich richtige, und oftmals alleinige Datenbasis zur Identifizierung von kriminalpolitischen Problemen herangezogen. Dabei erfasst diese Statistik, von anderen Beschränkungen und Mängeln wie Fehlerfassungen und Manipulationen abgesehen (*Heinz 2019; Derin & Singelstein 2019*), nur das Hellfeld, also jene Straftaten, die der Polizei bekannt werden, und sie berücksichtigt nicht die Tatsache, dass weniger als ein Viertel der registrierten Taten und Tatverdächtigen vor Gericht landen.

Dunkelfeldstudien zeichnen ein umfassenderes Bild der Kriminalitätslage. Die Bochumer Dunkelfeldstudie setzte zuletzt 2016<sup>1</sup> eine Reihe von Untersuchungen fort, die erstmals 1975 durchgeführt wurden und die Kriminalitätsentwicklung, Anzeigeverhalten, Kriminalitätsfurcht und Ansehen der Polizei beleuchten (vgl. *Schwind 2018; Feltes 2019; Feltes & Reiners 2019*). Rechnet man die in der Befragung 2016 angegebenen Straftaten auf die Bochumer Einwohner ab 14 Jahren hoch, dann kommt auf jede in der Polizeilichen Kriminalstatistik ausgewiesene Tat zusätzlich mindestens eine nicht zur Anzeige gebrachte Tat. Schon früher wurde darauf hingewiesen, dass ein Anstieg der polizeilich registrierten Straftaten ganz wesentlich auf eine Veränderung des Anzeigeverhaltens zurückzuführen ist. Kriminalitätsanstiege in der polizeilichen Statistik sind eher selten mit einem tatsächlichen Anstieg der Kriminalität verbunden. Während 1998 bspw. nur rund 20 % der damals Befragten angaben, einen Diebstahl angezeigt zu haben, waren es 2016 fast 60 %.

Im Vordergrund der Motive, die zu einer Anzeige führten, steht heute das Interesse an der Bestrafung des Täters, ganz im Gegensatz zu den früheren Befragungen, in denen dieses Motiv auf den hinteren Plätzen landete. Damit wird der häufig beschriebene *punitive turn* (*Sack 2010*) auch in dieser Befragung deutlich. Während 1998 nur

---

<sup>1</sup> Die Studie wurde als Online-Bevölkerungsumfrage Mitte 2016 durchgeführt. Für die Umfrage wurde eine Zufallsstichprobe von 0,5 % der Bochumer Bevölkerung ab 14 Jahren aus der Einwohnermeldekartei gezogen. Die Netto-Rücklaufquote betrug 24,2 %. Die Informationen über das Hell- und Dunkelfeld beziehen sich rückblickend auf das Jahr 2015, die Angaben zur Kriminalitätsfurcht und zum Ansehen der Polizei auf das Befragungsjahr 2016.

8,4 % als Motiv die Bestrafung des Täters angaben, waren es 2016 24,5 %. Im Verlauf der letzten vier Jahrzehnte haben repressive Motive bei der Anzeigeerstattung erheblich zugekommen, während das in früheren Jahren stark ausgeprägte Bedürfnis nach Kompensation und Wiedergutmachung deutlich in den Hintergrund gerückt ist.

Der Langzeitvergleich zeigt aber vor allem, dass die Befragten eine zum Teil massive Zunahme der Kriminalität annehmen. Der Anteil derjenigen, von einer Zunahme von Einbrüchen in der eigenen Wohngegend ausgehen, hat sich im Vergleich zu 1998 fast verdoppelt. Die Befragten überschätzen vor allem die Häufigkeit schwerer Straftaten. Besonders deutlich wird dies in Bezug auf die Tötungsdelikte Mord und Totschlag, deren Vorkommen um den Faktor 125 überschätzt wurde. Während Mord und Totschlag regelmäßig nur 0,04 % der polizeilich registrierten Straftaten ausmachen, vermuteten die Befragten den Anteil dieser Delikte bei 5 %. Generell wird von einem Anstieg der Taten ausgegangen, obwohl diese (zumindest in der PKS) teilweise deutlich rückläufig waren. Dabei spielt das eigene Erleben keine Rolle: Obwohl nur 0,3 % der Befragten angaben, im vergangenen Jahr Opfer eines Raubdeliktes geworden zu sein, halten es 21,6 % für wahrscheinlich, in den kommenden 12 Monaten Opfer einer solchen Straftat zu werden. Die subjektive Kriminalitätsfurcht und die objektive Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, klaffen weit auseinander. Weiterhin weicht das Sicherheitsempfinden in der eigenen Wohnung deutlich von dem Sicherheitsempfinden in der eigenen Wohngegend ab. Die Befragten neigen dazu, das Ausmaß der Kriminalität und vor allem ihr eigenes Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, deutlich zu überschätzen (vgl. *Feltes 2019; Feltes & Reiners 2019*).

#### **4. Innere Sicherheit vs. gesellschaftliche Verunsicherung: Die wabernde Angst der Deutschen**

Seit geraumer Zeit werden alle sich bietenden symbolträchtigen Anlässe ergriffen, um das Feld der Sicherheit (angeblich oder auch tatsächlich) neu zu ordnen und repressive Veränderungen zu legitimieren. In den vergangenen Jahren fanden gleich mehrere Perspektivenwechsel in der Kriminal- und Innenpolitik statt, der mit einer Umorganisation der Institutionen, die für die Herstellung und Erhaltung ‚innerer Sicherheit‘ zuständig sind, einhergingen. Dies führt, wie *Bauman & Donskis* dies beschreiben,

„to a form of governing that at least since Thomas Hobbes has been viewed as no longer possible: a government that is not legitimized by promising protection and security. Contrary to the old rule of a domination that demands obedience in exchange for protection, neo liberal governing proceeds primarily through social insecurity, through regulating the minimum of assurance while simultaneously increasing instability. In the course of the dismantling and remodelling of the welfare state and the rights associated with it, a form of government is established that is based on the greatest possible insecurity, promoted by proclaiming the alleged absence of alternatives“ (*Bauman & Donskis 2016, 63*).

Dabei zerbricht der bisherige Kontrollmythos der nationalstaatszentrierten Moderne, denn der Staat kommt immer schneller an die Grenzen seiner Regierungs- und Regulierungsmöglichkeiten. Die globalisiert organisierte Kriminalität stellt gemeinsam mit der globalisiert organisierten Wirtschaft, die spätestens seit den Banken- und Dieselskandalen nicht mehr von der organisierten Kriminalität zu trennen ist, die Staaten hinsichtlich der Effektivität ihrer nationalen Konzepte und supranationalen Kooperationen auf den Prüfstand. Sicherheit wird immer weniger unter Gemeinwohlaspekten definiert und hergestellt (vgl. *Stegmaier & Feltes 2007*). Gleichzeitig verlagerte sich das kriminalpräventive Interesse von der tat- und täterbezogenen Reaktion hin zur möglichst risikoarmen Gestaltung von Alltag. Das Strafrecht wird zunehmend zum Mittel gegen allgemeine gesellschaftliche Verunsicherung und das subjektive Sicherheitsgefühl gewinnt an Legitimationskraft für „law and order“-Kampagnen. Dies wird besonders in der Flüchtlings- und Migrationsdebatte deutlich, wo jede Gelegenheit genutzt wird, Unsicherheiten den Migranten zuzuordnen und dies für politisch rechtsextreme Forderungen auszubeuten. Hinzu kommt, dass Wut und Hass in der Gesellschaft wieder zunehmen (*Heinz 2019*).

Nicht nur die europäische Einigung führte seit Ende der neunziger Jahre zu einer Vermischung der bis dato getrennten inneren und äußeren Sicherheit. Wanderungsbewegungen, zuerst aus Ost- und Südosteuropa, dann aus Nordafrika leiteten die heftige Asyl- bzw. Flüchtlingsdiskussion ein. Dies begünstigte und begünstigt in der Bevölkerung ein Gefühl der Bedrohung der inneren Sicherheit durch „Überfremdung“, ohne dass es empirisch-kriminologische Belege dafür oder für eine reale Bedrohung gibt (*Feltes 2018; Schellhoss 2019; Fuchs 2019*). Für die USA liegen sogar empirische Studien vor, die nachweisen, dass Migranten weniger oft straffällig werden als Einheimische, und dies gilt auch für illegale Migranten (*Orrenius & Zavodny 2019*).

Eine „wabernde Angst“ macht sich breit (*Feltes 2019a*), die „frei flottierende Unsicherheit“ ist „auf der Suche nach einem Anker (*Bauman 2016, 27*). Die Deutschen glauben, in zunehmend unsicheren Zeiten zu leben. Das Thema Sicherheit bestimmt wesentlich den gesellschaftlichen und medialen Diskurs. In Deutschland, wie in vielen anderen Ländern, ist zeitgleich eine zunehmende soziale Differenzierung in der Gesellschaft festzustellen. Arme werden ärmer, Reiche immer reicher. Rund ein Drittel der Menschen bleibt den Wahlen fern. Sie fühlen sich nicht mehr durch die Politik repräsentiert und verlieren den Glauben an diese Gesellschaft und die Demokratie. So ist der Anteil der Menschen, für die Demokratie essentiell ist für eine Gesellschaft, in Europa von 60 % auf weniger als 45 % zurückgegangen (*Foa & Mounk 2016*).

*Zygmunt Bauman* hat diesen Zustand bereits 2006 mit dem Begriff der „liquid fear“ umschrieben: In „liquid times“ (*Bauman 2007*) verlieren die Menschen die Zuversicht und das Vertrauen in die Steuerbarkeit ihrer eigenen Zukunft (vgl. *Beilharz 2013*). Ihr „liquid life“ ist ein „precarious life, lived under conditions of constant uncertainty“, in dem es auch ein „spiritual lumpenproletariat“ gibt (*Bauman 2005, 7*).

Die Welt ist, so *Bauman & Donskis* (2016, 40) in „a chaotic aggregate, or rather incessant flow of dismembered and dislocated fragments with little, if any, rhyme or reason – and nothing can be done to make sense of it, let alone to make it more amenable to reason and reason-guided preventing, amending or rectifying actions.“

Die regelmäßigen politischen Verkündungen, alles gegen „die Kriminalität“ zu tun, verunsichern die Menschen. Menschen, die gesellschaftliche Entwicklungen nicht verstehen oder sich zunehmend gesellschaftlich abgehängt fühlen, sind grundlegend verunsichert. *Fukuyama* (2019) hat nicht nur auf die steigende Ungleichheit in der Gesellschaft hingewiesen, sondern auch das Stärker werden nationalistischer Strömungen, die sich vom etablierten politischen System lösen, analysiert. Es sieht in (fehlender) Anerkennung und Würde einen der Gründe dafür.

Angst vor Kriminalität zu haben, ist ein Ventil, weil diese Angst im Vergleich zu den anderen Ängsten greifbar und personalisierbar ist. Die Menschen verlagern ihre allgemeinen gesellschaftlichen Ängste in einen konkreten, wie man glaubt definierbaren Bereich, denn: „Fear is at its most fearsome when it is diffuse, scattered, unclear, unattached, unanchored, free floating ...“ (*Bauman* 2006, 2). Kriminalität und „Kriminelle“ bieten sich hier zum Andocken an, und dies, obwohl es zum einen „die Kriminalität“ nicht gibt, nicht zuletzt, weil das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, von Alter, Geschlecht, Wohnort und sozialer Lage abhängig ist, und weil paradoxerweise zum anderen die Wahrscheinlichkeit, direktes Opfer einer Gewalttat zu werden, sehr gering ist: „lacking direct personal experiences of threat, they are prone to let their imaginations ... run loose“ (*Bauman* 2006, 3). *Bauman* hat auch deutlich gemacht, dass diese Ängste „born of global social insecurity“ transferiert werden in lokale Sicherheitsbedenken und dass diese Transformation sehr effektiv ist und eine „foolproof strategy“ für die globale (und nationale) Elite darstellt (*Bauman* 2006, 159) und vorzüglich dazu geeignet ist, von anderen Problemen abzulenken. Er zitiert in diesem Zusammenhang aus einer Dokumentationssendung der BBC: „In an age when all the grand ideas have lost credibility, fear of a phantom enemy is all the politicians have left to maintain their power“ (*Bauman* 2006, 149). Der „Phantomfeind“ können dabei die RAF, die Attentäter von 9/11 oder eben jetzt die Flüchtlinge sein<sup>2</sup>.

Irrationale Ängste können nicht mit rationalen Argumenten bekämpft werden. Wir wissen, dass die Verbrechensfurcht dort niedriger ist, wo der soziale Zusammenhalt hoch ist. Allerdings scheinen Ethik und Moral als Voraussetzungen für solchen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zunehmend verloren zu gehen. Wir verlieren die Orientierung auch, weil „Moralinstitutionen“ wie die Kirchen ihre Glaubwürdigkeit grundlegend verloren haben.

Faktoren wie Globalisierung, das (so wahrgenommene) Versagen der politischen Eliten und der Politik generell (Abgas-Skandal, Rechtsstaats- und Rentendiskussion,

---

<sup>2</sup> „There are, indeed, many ways to capitalize on the growing supplies of free-floating, unanchored and unfocused fears; for instance, gaining political legitimacy and approval by flexing government muscles in declaring war on crime and more generally on ‚disturbances of public order‘“ (*Bauman* 2006, 145); s. dazu auch *Rauls & Feltes* 2020.

Alters- und Kinderarmut) spielen eine deutlich wichtigere Rolle für das latente Gefühl der Verunsicherung, ebenso wie die zunehmenden, als negativ empfundenen Veränderungen im Verhältnis unter- und zueinander in unserer Gesellschaft. Für *Ulrich Beck* (2014) sind die Bürger der „liquid cities“ zu „displaced persons“ geworden, die sich in Armeen von Konsumenten verwandeln. Sie leben in Städten der Angst, wobei es diffuse, auf nichts Konkretes gerichtete Ängste sind. Diese Ängste klammern sich an alles, was ihnen angeboten wird, wider alle Vernunft, wider alle Erfahrung. Gleichzeitig wird das Unsagbare gesagt, das Udenkbare gedacht, beides ohne Widerspruch oder gar Aufschrei in der Gesellschaft. Als Konsequenz entwickelt sich ein „Treibsand-Gefühl“ (*Feltes* 2019a). Der (moralische) Kompass geht verloren, die Gesellschaft driftet auseinander, Individualismus und Egoismus werden zu alleingültigen Maßstäben. Grundlegende moralische Werte lösen sich auf, die Gesellschaft verliert an Zusammenhalt, Extreme nehmen zu, und im Alltag spielt die Frage, warum es wichtig ist, die Demokratie zu schützen, keine Rolle mehr. Die Gesellschaft sucht sich Feindbilder, auf die sie ihre Ängste und Aggressionen abladen kann. Gleichzeitig verlieren die Menschen das Vertrauen in Institutionen, und eben auch in die Polizei. Neuere Entwicklungen z. B. im Zusammenhang mit der „Fridays for Future“-Bewegung werden zeigen müssen, ob sie sich diesem Trend entgegenstellen können, denn inzwischen haben die Polarisierungen die Mitte der Gesellschaft erreicht und beeinflussen sie – auch, weil das Beispiel USA zeigt, dass man mit radikalen Äußerungen an die Macht kommen und diese bewahren kann. In Deutschland geht, wie die Studien von *Zick u. a.* zeigen (2019), die herkömmliche gesellschaftliche Mitte zunehmend verloren. Die Menschen wenden sich einer vermeintlich neuen, radikalen Mitte zu, die ihren Zusammenhalt aus der Abwertung von anderen schöpft. Oder um es mit *Bauman* zu sagen: „The biggest fear of our time is the fear of being left out“. . . . „Fear“ is the name we give to our uncertainty in the face of the dangers that characterize our liquid modern age, to our ignorance of what the threat is and our incapacity to determine what can and can't be done to counter it“ (*Bauman* 2006). *Bauman* (2006, 17) bezeichnet dies als „Titanic syndrome“: Die Angst davor, dass das Schiff der Zivilisation sinkt und man untergeht.

*Bauman* hat in *Liquid Times* (2007, 1 ff.) die Ursachen für dieses Leben in einem Zeitalter der Unsicherheit („Living in an Age of Uncertainty“) an folgenden Punkten festgemacht:

„First of all, the passage from the 'solid' to a 'liquid' phase of modernity: that is, into a condition in which social forms (structures that limit individual choices, institutions that guard repetitions of routines, patterns of acceptable behaviour) can no longer (and are not expected) to keep their shape for long, because they decompose and melt faster than the time it takes to cast them, and once they are cast for them to set. (...) Second, the separation and divorce of power and politics. (...) Third, the gradual yet consistent withdrawal or curtailing of communal, state-endorsed insurance against individual failure and ill fortune deprives collective action of much of its past attraction and saps the social foundations of social solidarity; 'community', as a way of referring to the totality of the population inhabiting the sovereign territory of the state, sounds increasingly hollow. Interhuman bonds, once woven into a security net worthy of a large and continuous investment of time and effort, and worth



the sacrifice of immediate individual interests (...), become increasingly frail and admitted to be temporary. (...) Fourth, the collapse of long-term thinking, planning and acting, and the disappearance or weakening of social structures ... lead to a splicing of both political history and individual lives into a series of short-term projects and episodes which are in principle infinite.“

Diese massiven Veränderungen im Webzustand unserer Gesellschaft haben zu massiven Verunsicherungen geführt, obwohl es den meisten Menschen so gut geht wie nie. Gleichzeitig aber verändert sich auch unsere Einstellung zu den Gesellschaftsmitgliedern, die nicht wie die meisten anderen am Wohlstand teilnehmen können. Während früher

„the poor provided a handy – prolific and constantly within – reach occasion for good deeds: a God’s gift to every Christian worried about salvation of their soul and reserving posthumous residence in Heaven“ ... „it ’stood to reason’ to take care of keeping them in good shape – well fed, shod and sheltered, always ready be recalled into active service; the need for a welfare state, concerned precisely with securing this condition, was ’beyond left and right’, just as is now the belief that lifting the impoverished and the indolent out of their hardship and anguish is a waste of taxpayers’ money. Few of us are nowadays concerned with the salvation of our soul ...“ (*Bauman & Donskis* 2016, 129).

Wenn Psychologen uns bestätigen, dass die meisten Angstgefühle entstehen, weil wir *denken*, etwas sei gefährlich, dann sind es unsere Gedanken, die Angstgefühle erzeugen. Hier muss angesetzt werden. Durch Aufklärung, allen voran durch die Politik, die sich dem Reflex verweigern muss, jeden Verdacht einer Straftat mit „Fremden“ als Tatverdächtige mit der Forderung nach „mehr desselben“ (mehr Gesetze, härtere Strafen, schnellere Abschiebung) zu quittieren.

## 5. Ergebnis und Lösung

Sozialpsychologisch betrachtet ist „Innere Sicherheit“ ein Konstrukt, das mehr durch subjektive Empfindungen als durch objektive Gefährdungen gebildet wird. Wir wissen, dass es keinen statistischen Zusammenhang zwischen objektiver Kriminalitätslage und Verbrechensfurcht gibt. Offensichtlich sind es andere Faktoren, die die Verbrechensfurcht beeinflussen. Aber in einer angsterfüllten öffentlichen Kultur ist es schwierig, zu einer objektiven Schlussfolgerung über Gefahren zu gelangen. In unregelmäßigen Abständen, derzeit allerdings relativ beständig, wird ein (zusätzlicher) Bedarf an innerer Sicherheit attestiert – interessanterweise meist von denen, die für diese Sicherheit verantwortlich sind (Innenminister, Polizeivertreter). Die dabei gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderungen nach Gesetzesverschärfungen greifen auf Argumente zurück, die alt und rein rhetorisch sind, auf der unbestimmt vorhandenen Angst der Bürger aufbauen und sie für politische oder Standesinteressen ausbeuten. Die allgemein vorhandene Angst hat auch dazu geführt, dass der Staat als Ordnungsmacht wiederentdeckt wird. Der Staat möge gefälligst den Schutz von Leib und Leben gewährleisten, lautet die Forderung. Also mehr Geld, mehr Personal,

mehr Befugnisse für Polizei und Geheimdienste. Rasterfahndung nach „Schläfern“ und Lauschangriffe gegen Unverdächtige, die vielleicht einen Verdächtigen kennen. Mehr von allem, was Halt und Trost verspricht und somit die dunklen Alpträume vertreibt.

Als Kriminologe und Polizeiwissenschaftler sollte man die Dinge untersuchen und kommentieren, die in seinen Tätigkeitsbereich fallen. Wissenschaftskollegen, die glauben, das Feld der veröffentlichten Meinung den Medien und den politischen Akteuren überlassen zu können, tragen dazu bei, dass ihre jeweilige Disziplin, vor allem aber die wissenschaftlich fundierten Ergebnisse nicht wahrgenommen werden. Entsprechend liegt die Meinungsbildung in der Bevölkerung auch und gerade in den Händen der für die Innere Sicherheit zuständigen Wissenschaftsvertreter – auch und vielleicht, weil die „öffentlichkeitsscheuen“ Vertreter der Wissenschaft der Auffassung sind, dass Meinungsbildung auf Griechisch „Demagogie“ heißt und es daher nicht ihr Job sei, sich daran zu beteiligen – wie mir jüngst ein Kollege mitteilte. Doch damit verfehlen Kriminologen und Polizeiwissenschaftler nicht ihren Beruf, sondern nehmen ihn und die damit verbundene gesellschaftliche Verantwortung ernst. Es ist *Hans-Jörg Albrecht* hoch anzurechnen, dass er im In- und Ausland dafür Sorge getragen hat, dass sich die deutsche Kriminologie artikuliert und an der öffentlichen Meinungsbildung mitwirkt.

### Literaturverzeichnis

- Albrecht, H.-J.* (2017): *The Shift of Security: Changing Concepts of Security?*, in: Z. Zhou (Trans.), Z. Chen, *New Reports in Criminal Law*. Beijing, 10, S. 329–347.
- Albrecht, H.-J., Dorsch, C. & Krüpe, C.* (2003): *Rechtswirklichkeit und Effizienz der Überwachung der Telekommunikation nach den §§ 100a, 100b StPO und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen*. Kriminologische Forschungsberichte Band 115. Freiburg i.Br.
- Albrecht, H.-J., Grafe, A. & Kilchling, M.* (2008): *Rechtswirklichkeit der Auskunftserteilung über Telekommunikationsverbindungsdaten nach §§ 100 g, 100 h StPO*. Kriminologische Forschungsberichte Band K 139. Berlin.
- Andersen, U. & Woyke, W.* (Hrsg.) (2013): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 7. aktualisierte Aufl. Heidelberg.
- Baier, D., Fleischer, S. & Hanslmaier, M.* (2017): *Entwicklung der Punitivität und ausgewählter Einflussfaktoren in der deutschen Bevölkerung in den Jahren 2004 bis 2014*. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 100/1, S. 1–25.
- Bauman, Z.* (2005): *Liquid Life*. Cambridge/Malden.
- Bauman, Z.* (2006): *Liquid Fear*. Cambridge/Malden.
- Bauman, Z.* (2007): *Liquid Times*. Cambridge/Malden.
- Bauman, Z.* (2016): *Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache*. Berlin.
- Bauman, Z. & Donskis, L.* (2016): *Liquid Evil*. Cambridge/Malden.

- Beck, U. (2014): Sinn und Wahnsinn der Moderne. TAZ vom 14. 10. 2014; <https://taz.de/Soziologie-Zygmunt-Bauman/!5031155/>.
- Beilharz, P. (2013): Conclusion: Liquid Society, in: M. Davis (Hrsg.), *Liquid Sociology*. London/New York, S. 220–229.
- Biselli, A. (2017): Behörde Nimmersatt: Geheimdienste ausbauen, ohne dass es jemand merkt. [Netzpolitik.org](https://netzpolitik.org/2017/behoerde-nimmersatt-geheimdienste-ausbauen-ohne-dass-es-jemand-merkt/); <https://netzpolitik.org/2017/behoerde-nimmersatt-geheimdienste-ausbauen-ohne-dass-es-jemand-merkt/>.
- CILIP/Bürgerrechte und Polizei (o.J.): Anti-Terror-Gesetze/Entwürfe und offizielle Stellungnahmen; <https://archiv.cilip.de/alt/terror/gesetze.htm>.
- Daase, C. (2010): Wandel der Sicherheitskultur. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 50, S. 9–16.
- Derin B. & Singelstein, T. (2019): Amtliche Kriminalstatistiken als Datenbasis in der empirischen Polizeiforschung, in: C. Howe & L. Ostermeier (Hrsg.), *Polizei und Gesellschaft*. Wiesbaden, S. 207–230.
- Dollinger, B. (2018): Punitivität = Punitivity. *Kriminologisches Journal* 50/3, S. 188–196.
- Feltes, T. (o.J.): Innere Sicherheit, in: *Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung*, Stichwort „Innere Sicherheit“; <https://www.kas.de/web/geschichte-der-cdu/innere-sicherheit>.
- Feltes, T. (2018): Kriminologie aus dem Hobbykeller. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.08.2018; <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/autoren/sarrazins-buch-feindliche-uebernahme-schuerf-vorurteile-15763511.html>.
- Feltes, T. (2019): Sicherheit und Sicherheitsgefühl in Bochum. 40 Jahre Dunkelfeldstudie in einer deutschen Großstadt. *Bewährungshilfe*, S. 267–280.
- Feltes, T. (2019a): Die „German Angst“. Woher kommt sie, wohin führt sie? Innere vs. gefühlte Sicherheit. *Der Verlust an Vertrauen in Staat und Demokratie*. *Neue Kriminalpolitik* 31/1, S. 3–12.
- Feltes, T. & Reiners, P. (2019): Sicherheit und Sicherheitsgefühl in Bochum. Exemplarische Befunde der Bochumer Dunkelfeldstudie 2015/2016 („Bochum IV“). *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 102/2, S. 1–15.
- Feltes, T. & Reichertz, J. (2019): Polizieren. Versuch einer Definition, in: A. Klukkert, J. Reichertz & T. Feltes (Hrsg.), *Torn between Two Targets*. *Polizeiforschung zwischen Theorie und Praxis*. Zu Gedenken an Thomas Ohlemacher. Frankfurt, S. 21–48.
- Foa, R.S. & Mounk, Y. (2016): The Danger of Deconsolidation: The Democratic Disconnect. *Journal of Democracy* July 2016; <http://www.journalofdemocracy.org/article/danger-deconsolidation-democratic-disconnect> [08.06.2018].
- Fuchs, W. (2019): Migration und Kriminalität in Österreich. *Neue Kriminalpolitik* 31, S. 185–205.
- Fukuyama, F. (2019): Identität: Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet. *Ham-burg*.
- Funk, A. (1991): „Innere Sicherheit“: Symbolische Politik und exekutive Praxis, in: B. Blanke & H. Wollmann (Hrsg.), *Die alte Bundesrepublik*. *Leviathan (Zeitschrift für Sozialwissenschaft)*, S. 367–385.

- Heinz, A. (2019): Im Moment sieht es düster aus. Interview. Der Spiegel, 16.03.2019, S. 20.
- Heinz, W. (2019): Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Entwurf eines Gesetzes zur fortlaufenden Untersuchung der Kriminalitätslage und ergänzenden Auswertung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik (Kriminalitätsstatistikgesetz – KStatG)“ BT-Drs. 19/2000 vom 07.05.2018. Verfügbar unter <https://www.bundes-tag.de/resource/blob/593646/af4ffc574466f580a9c4783b5f1f463e/A-Drs-19-4-222-B-Teil-1-data.pdf> [08.03.2019].
- Kury, H. & Oberfell-Fuchs, J. (2003): Kriminalitätsfurcht und ihre Ursachen, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Sicherheit und Kriminalität. Der Bürger im Staat 53/1, S. 9–18.
- Kury, H. & Oberfell-Fuchs, J. (2006): Zur Punitivität in Deutschland. Soziale Probleme 17/2, S. 119–154.
- Lange, H.-J. (2006): „Innere Sicherheit“, in: H.-J. Lange & M. Gasch (Hrsg.), Wörterbuch zur Inneren Sicherheit. Wiesbaden, S. 123–134.
- Orrenius, P. & Zavodny, M. (2019): Do Immigrants Threaten US Public Safety? Journal on Migration and Human Security, S. 1–10.
- Rauls, F. & Feltes, T. (2020): Der administrative Ansatz zur Prävention und Bekämpfung von Kriminalität am Beispiel des Vorgehens gegen „Rockerkriminalität“. Wird das Strafrecht durch das Verwaltungsrecht ausgehebelt? Die Polizei (im Erscheinen).
- Reichertz, J. & Feltes, T. (2015): Polizieren und Polizeiwissenschaft. Die Herstellung und Gewährleistung Innerer Sicherheit, in: T. Feltes & B. Schmidt (Hrsg.), Policing Diversity. Frankfurt, S. 9–26.
- Roosevelt, F.D. (1933): Inaugural Adress; <http://historymatters.gmu.edu/d/5057/>.
- Sack, F. (2010): Der weltweite „punitive Turn“ – Ist die Bundesrepublik dagegen gefeit?, in: A. Groenemeyer (Hrsg.), Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten. Wiesbaden, S. 165–191.
- Sack, F. (2011): Symbolische Kriminalpolitik und wachsende Punitivität, in: B. Dollinger & H. Schmidt-Semisch (Hrsg.), Handbuch Jugendkriminalität. Wiesbaden, S. 63–89.
- Schellhoss, H. (2019): Sind die Ausländer generell krimineller? Neue Kriminalpolitik 31/2, S. 163–168.
- Schwind, J.-V. (2018): Sicherheit und Sicherheitsgefühl in der Stadt Bochum 2015/2016 („Bochum IV“). Holzkirchen.
- Stegmaier, P. (o.J.): „Innere Sicherheit“, in: Kriminologie-Lexikon Online; [http://www.kriminologielex.de/artikel.php?BUCHSTABE=I&KL\\_ID=87](http://www.kriminologielex.de/artikel.php?BUCHSTABE=I&KL_ID=87).
- Stegmaier, P. & Feltes, T. (2007): ‚Vernetzung‘ als neuer Effektivitätsmythos für die ‚Innere Sicherheit‘. Aus Politik und Zeitgeschichte 12, S. 18–24.
- Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn.